

Die Weltkonzerne geben die Richtung vor – der Neoliberalismus ist alternativlos. Kann die Zivilgesellschaft korrigierend einwirken?

Roland Sturm



Roland Sturm

Die Frage, „Wie geht es weiter nach der Finanzkrise 2008-2009?“ bewegte die ganze Welt. Banken wurden verstaatlicht, Firmen durch Steuergelder gerettet und die Wirtschaft wurde mit Konjunkturprogrammen angekurbelt. Für einige Beobachter war dies der Beweis, dass der Markt sich zu Tode gesiegt habe, und dass nun der Staat wieder die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen werde. Es stellte sich aber heraus, dass die entscheidende Frage nicht lautete, „Wer war der ‚Retter‘ in der Krise?“, sondern „Wie wurde gerettet?“ Und bei der Beantwortung dieser Frage fällt es schwer, eine grundsätzliche Trendwende zur staatlich organisierten oder regulierten Wirtschaft festzustellen.

Für Colin Crouch, Professor an der Universität Warwick, ist dies wenig überraschend. Er sieht den Neoliberalismus weniger als eine Wirtschaftsstrategie als ein relativ stabiles Gesellschafts- und ziviles Glaubensmodell, das gegensätzliche Interessen in der Gesellschaft austariert und den Zwängen der Globalisierung entspricht. Der Neoliberalismus hat nach seiner Analyse in dieser Funktion den Keynesianismus abgelöst.

In der Nachkriegszeit (und in Deutschland mit den Jahren der Großen Koalition) hatte sich in den westlichen Industrieländern als einflussreiche wirtschaftspolitische Erzählung der „Keynesianismus“ etabliert. Crouch sieht in diesem einen gesellschaftlichen Kompromiss. Er ermöglichte durch staatliche Intervention in wirtschaftlichen Krisenzeiten, konkret mit Hilfe staatlicher Ausgabenpolitik, weitgehend Vollbeschäftigung. Seine sozialpolitischen Programme, also die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, hoben den Lebensstandard der Bevölkerung. Und beides, gesicherte Einkommen durch Vollbeschäftigung und soziale Transferleistungen, stimulierten die Binnennachfrage. Dies gelang in weitgehend noch nationalen Volkswirtschaften, auch wenn der Preis zu hoher Binnennachfrage gelegentlich Inflationstendenzen waren. Die Unternehmen dieser Zeit waren zum Großteil noch nationale Unternehmen, die an diesem Wirtschaftsmodell großes Interesse hatten, denn die staatlich gestützte Binnennachfrage sorgte für den Absatz ihrer Produkte, und der verbesserte Lebensstandard ihrer Belegschaften garantierte sozialen Frieden und ließ die Arbeiterschaft we-



nig anfällig werden für die radikaleren wirtschaftspolitischen Alternativen sozialistischer oder kommunistischer Parteien.

Heute hat sich die wirtschaftliche Ausgangslage, am stärksten in den angelsächsischen Ländern, deutlich verändert. Die Industrieproduktion findet immer weniger in westlichen Industrieländern statt. Sie ist ausgelagert in Staaten, die ihre Produkte kaum auf dem heimischen Markt verkaufen und deshalb auch keine Sorge um die Binnennachfrage haben müssen. Im Gegenteil: Niedriglöhne werden aus Gründen wettbewerbspolitischer Vorteile auch unter Missachtung demokratischer Spielregeln erzwungen. Der in den Industrieländern wachsende Dienstleistungssektor – und hierzu gehört auch der Sektor der Finanzdienstleistungen (Banken, Versicherungen) – benötigt in einem einzelnen Betrieb zum einen weniger Beschäftigte als das verarbeitende Gewerbe und ist in sich gespalten in einen weltweit hoch mobilen und einen stationären Bereich, z.B. in Kleinunternehmen (Friseur um die Ecke). Die gewerkschaftliche Organisation ist längst nicht mehr in der Industrie und auch nicht im Dienstleistungssektor, sondern im öffentlichen Sektor die höchste. Die Globalisierung führte dazu, dass die Rolle des Staates in der Wirtschaft grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Frühere wohlfahrtsstaatliche Garantien, wie Vollbeschäftigung, zum Teil auch Leistungen des Staates für Gesundheit, Bildung oder Altersvorsorge wurden dem Markt überlassen. Die einkommenschaffenden Interventionen des Staates wurden ersetzt durch ein Phänomen, das Crouch Privatkeynesianismus nennt. Er meint damit, dass während in der Zeit des Keynesianismus der Staat sich verschuldete, um den Bürgerinnen und Bürgern aus der Krise zu helfen, diese sich nun selbst verschulden (sollen). Der Staat senkte die Barrieren für die Aktivitäten der Finanzwelt. So entstanden nicht nur zahlreiche neue Finanzprodukte, die mit virtuellen Bewertungen gehandelt werden können, so dass Reichtum entsteht, dem in der Realökonomie kein Gegenwert gegenübersteht. Dies bot vor allem den Kapitalbesitzern einen Anreiz, den neuen wirtschaftspolitischen Kurs zu unterstützen. Es wurde auch möglich, dass die Binnennachfrage hochgehalten wurde, denn der Einzelne konnte sich nun leichter und höher verschulden, um seine Konsumwünsche zu erfüllen. In einigen Ländern, wie den USA oder Großbritannien, wurde es von staatlicher Seite auch besonders leicht gemacht, Hausbesitz ohne ausreichendes Eigenkapital zu erwerben. Die günstigen Konditionen entfachten einen Nachfrageüberhang, der zu extremen Übertreibungen bei den Hauspreisen führte und der dann die finanzielle Katastrophe zur Folge hatte als die phantasievollen Finanzprodukte, die von den Banken aus den privaten Schulden gebastelt wurden, sich als unverkäuflich erwiesen. Abhängig Beschäftigte sahen Möglichkeiten der Beeinflussung ihrer wirtschaftlichen Zukunft im Neoliberalismus weniger in der Gewerkschaftsmitgliedschaft als im Besitz von Aktien.

„Too big to fail“, zu groß, um Bankrott zu gehen, so begründete die Staatenwelt die Bankenrettung und gab damit den Banken nicht etwa eine letzte Warnung, sondern ermutigte sie in Zukunft zu einem „Weiter so“, denn nun wussten es die Finanzinstitutionen genau – wir werden wieder gerettet werden, gleich was wir tun. Aus der Bankenkrise ist rasch im öffentlichen Bewusstsein eine Krise der staatlichen Haushalte geworden, die auf typisch neoliberale Art, so Crouch, gelöst wird. Die Lebensversicherungen reduzieren ihre Überschuss-

beteiligungen, die Sozialleistungen werden eingeschränkt, die Arbeitszeit erhöht etc. Es geht dabei nicht um die Angst derjenigen, die auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen in der Vergangenheit zählen konnten. Heute geht es um die Angst der Märkte vor der überbordenden Staatsverschuldung, die sie allerdings mitverursacht haben. Alternativen zur Logik des Neoliberalismus gibt es keine.

Gewinner sind die Weltkonzerne. In der Krise wurden die Banken nicht nur von den Steuerzahlern gerettet. Sie wurden auch durch Rettungsfusionen weniger und deshalb nach Crouch noch einflussreicher. Nicht der abstrakte Markt hat gegenüber dem Staat sich durchgesetzt, sondern die weltweit agierenden Unternehmen und auch die organisierte wirtschaftliche Unverantwortlichkeit, die Crouch als „bizarres Kollektivgut“ bezeichnet, an das sowohl Unternehmen als auch Konsumenten geglaubt haben und wieder zu glauben beginnen.

Seine Hoffnung auf Korrekturen des neoliberalen Kurses setzt Crouch auf die Zivilgesellschaft. Sie soll die Unternehmen piesacken, dass sie soziale Verantwortung als imagestärkendes Produkt erkennen und einsetzen. Die Zivilgesellschaft (NGOs) kann transnational handeln, wie die Unternehmen. Niemals zuvor habe es so viel Bereitschaft und so viele Möglichkeiten gegeben, sich frei zu äußern. Niemals zuvor war die Zivilgesellschaft so ausdifferenziert, spezialisiert und gut organisiert. Die neuen elektronischen Formen der Kommunikation, so Crouch, stärken zivilgesellschaftliche Initiativen entscheidend. Das mag so sein. Aber irgendwie klingt dies wie das Pfeifen im Walde. An anderer Stelle ist Crouch weit skeptischer, wenn er nämlich ausführt, dass die Macht der Weltkonzerne weit über traditionellen Lobbyismus hinausgeht und sich darin manifestiert, dass sie den Kurs von Regierungen bestimmt. Er nennt als Beispiel u.a. die Deformation von Präsident Obamas Gesundheitsreform. Auch in Deutschland ist sowohl die Bankenrettung als auch die Eurokrise geprägt von der Angst der Politik vor den Märkten. Wer ist bereit die alten Fragen nach Macht und Herrschaft in Demokratien wieder zu stellen?